

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1907**

84 (11.4.1907)

# Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.22 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einpaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 84.

Karlsruhe, Donnerstag den 11. April 1907.

27. Jahrgang.

## Ignaz Auer †.

Nachdem wir gestern schon die Mitteilung von dem Schlaganfall, den der Genosse Ignaz Auer am Dienstag Abend erlitten hat, erhielten, brachte uns der Telegraph um die Mittagsstunde aus dem Bureau des Parteivorstandes die erschütternde Trauerkunde, daß unser alter, treuer und bewährter Nazi an den Folgen des Schlaganfalles gestern früh 4 Uhr verschieden ist.

Diese Trauerbotschaft wird nicht nur beim deutschen Proletariat, sie wird bei den Klassenbewußten Proletariern der ganzen Welt das Gefühl tiefster Trauer und aufrichtiger Teilnahme erwecken. Mit Ignaz Auer ist nicht nur einer der ältesten und besten unserer Vorkämpfer dahingegangen, in ihm verliert die deutsche Sozialdemokratie eine Persönlichkeit von ganz eigener, prägnanter Art; einen Mann, der, man darf das ruhig aussprechen, fast unersetzlich ist. Was Ignaz Auer für die Partei war, ist in vollem Umfange nur denen bekannt und bewußt, die in das innere Getriebe unserer Partei und in ihre Geschichte eingeweiht sind. Nach außen ist er weniger hervorgetreten, als viele andere. Und doch hat dieser eigenartige, mit großen Kenntnissen, hervorragenden Talenten und einem glücklichen, unwillkürlichen Humor begabte Mann Großes und Bedeutendes geleistet. Seine Verdienste um die Partei und um den internationalen Sozialismus werden unvergänglich bleiben. Wir werden darüber morgen noch ausführlicher berichten.

Ignaz Auer war am 19. April 1846 in Dornstetten in Nordbavarn geboren. Er besuchte dort die Volksschule und erlernte später das Sattlerhandwerk. Als Geselle bereiste er Deutschland und Oesterreich. Schon in jungen Jahren schloß er sich der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung an und bereits im Jahre 1872 war er Vorsitzender des Allgemeinen deutschen Sattlerverbandes. Von 1874 bis 1877 war er Parteisekretär in Hamburg, 1877 bis 1878 Redakteur der Berliner Freien Presse und

später der Hamburger Gerichtszeitung. Dann übersiedelte er nach München und war dort Parteisekretär. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes wurde er in den Parteivorstand gewählt, dem er auch bis zu seinem Tode als einer seiner hervorragendsten Mitglieder angehörte.

Dem Reichstag gehörte Ignaz Auer als Mitglied an in den Jahren 1877/78, 1880/81, 1884/87 und seit 1890 bis heute. Im Kampfe um die Freiheit des Volkes hat sich auch unser Nazi eine ganze Reihe Gefängnisstrafen zugezogen; wiederholt wurde er während des Ausnahmezustandes ausgewiesen, so aus Dresden, Berlin, Hamburg-Altona und Harburg. Wie ein geheftetes Bild hat man diesen vortrefflichen, charakterfesten Mann in seinem deutschen Vaterland herumgejagt. Seit Jahren war Ignaz Auer schwer erkrankt. Zum letztenmale ist er auf dem Dresdener Parteitag aufgetreten. Wie alle seine Reden, so machte auch diese Letzte auf die Zuhörer einen tiefen, nachhaltigen Eindruck.

Nun hat der Tod dem Leiden dieses braven unvergesslichen Mitkämpfers ein Ende gemacht. Unser Nazi ist nicht mehr; aber was er gefehlt, hat tausendfältige Frucht getragen. Sein Wirken ist mit ehernem Griffel in die Geschichte des deutschen und des internationalen Proletariats eingeschrieben. Mit Ignaz Auer ist einer der prächtigsten Menschen, ein ganzer Mann, ein ehrlicher, treuer und tapferer Kämpfer um des Volkes Rechte und Freiheit aus dem Leben geschieden.

Trauernd steht das deutsche und das internationale Klassenbewußte Proletariat an der Bahre dieses Mannes. Ein unvergängliches Denkmal wird es ihm dadurch setzen, daß es in seinem Sinne rastlos weiterwirkt, bis zum endgültigen Siege. Sein Andenken wird immerdar in Ehren gehalten werden.

## Der Preußenkurs in Baden.

Auf dem letzten Landtag hat Gen. Dr. Frank gegen die Debatte über den Justizetat der badischen Justiz das Zeugnis ausgestellt, daß sie, obwohl manches zu wünschen übrig bleibe, immerhin noch über der preussischen Justiz stehe. Dieses die badische Justiz erhehrende Urteil ist in Parteikreisen da und dort Anfechtung erlitten. Wenn man auch zugab, daß die badische Justiz der preussischen gegenüber den Vorzug verdient, so glaubte man andererseits doch auch herabsehen zu müssen, daß zu einem solchen Lob auf die badische Justiz die Voraussetzungen fehlten. Man vermisste dabei insbesondere auf die verlässliche in Streitprozessen gefällten Urteile, die, wenn sie auch bekanntlich preussischen Urteilen in nichts nicht völlig gleichkommen, immerhin in einem ausgleichenden Gegenmaß zur Bedeutung der Staatsanwaltschaft und so die Merkmale der Unparteilichkeit trugen. Tatsache ist, daß in Baden während der letzten Jahre im Gebiete der politischen Justiz keine Fälle ereignet hatten, die wegen der Art ihrer richterlichen Erledigung öffentliches und allgemeines Aufsehen beanspruchten. Die Majestätsbeleidigungsprozesse waren fast selten und auch sonst hat man eine von der preussischen üblichen Rechtsprechung abweichende Behandlung bemerken können. Das Urteil des Genossen Dr. Frank hatte in gewissem Sinne also eine Rechtfertigung.

Es scheint aber, als habe nicht nur in unseren Parteikreisen, sondern auch bei der Justiz selbst dieses Urteil Fränks, sagen wir einmal, nicht ohne lebhaften Wunsch hatte, das Urteil des Genossen Dr. Frank möge künftighin in diesem Umfange sich, den Tatsachen entsprechend, guttun. Man ist in der Meinung, daß man in der badischen Justiz der Meinung zu sein, es müsse ein Beweis erbracht werden, daß Gen. Dr. Frank sich sehr getäuscht und die badische Justiz der preussischen sich „ebenbürtig“ an die Seite zu stellen hat.

Zur Stunde, wo wir dies schreiben, tritt unser Parteigenosse Redakteur Oskar Ged die gegen den verhängten Zeugnis-Zwangshaft an. Man weiß auch in Kreisen der Justiz, daß dieses Vorurteil, an das Mittelalter erinnernde Justizverfahren hier völlig zweck- und ergebnislos ist, da unser Genosse Oskar Ged niemand auch die Mannheimer Richter nicht für „fähig“ hält, seine Verurteilung mit eigenen Augen zu sehen. Man weiß — auch selbst in den Kreisen der Justiz —, daß dieses Verfahren, selbst im Standpunkt des toten Buchstabens des geltenden Rechts aus betrachtet, in diesem Falle weniger als in jedem anderen sich rechtfertigen läßt; denn es handelt sich faktisch nicht um eine Majestätsbeleidigung, sondern um einen harmlosen karnevaleskischen, den wohl außer dem Mannheimer „liberalen“ Staatsanwaltschaftshaus niemand übel bemerkt hat. Aber trotzdem wird Genosse Oskar Ged „eingesponnen“ und muß schließlich monatlang die Folter der Zeugniszwangshaft über sich ergehen lassen. Die badische Justiz verhält sich gegen den Krumm, eine vorbildliche Haltung zu sein.

Schon diese Justizaktion das größte Aufsehen und in weiten Kreisen Empörung hervorgerufen, so gleichem, wenn nicht noch höherem Maße die, wie man den bekannten Führer der Anarcho-sozialisten Dr. Friedberg in Mannheim dieser

Tage behandelte. Wir haben die Tatsache dessen ebenso überflüssiger wie u. G. rechtlich nicht begründeter Verhaftung unseren Lesern bereits mitgeteilt. Nun hat Herr Dr. Friedberg der Volksstimme und dem Vorstand eine Zuschrift zugehen lassen, die nicht verlesen wird, weil über die Grenzen des „liberalen Kaiserreiches“ hinaus berechtigtes Aufsehen zu erregen. Dr. Friedberg schreibt:

Auf Veranlassung des Vorsitzenden der anarchistischen Föderation Deutschlands habe ich für die nach Offenbach zu den Osttagen einberufene Konferenz der Föderation ein wissenschaftliches Referat über die Idee des Anarchismus und die sich daraus ergebenden taktischen Grundzüge übernommen, entsprechend meiner seit Jahren betätigten Grundauffassung, daß Anarchismus und Sozialismus zu einander gehören, daß dem Materialismus des Sozialismus der Psychismus des Anarchismus hinzugefügt werden müsse. — Beirathungen, die von mir unter dem Namen des Anarchosozialismus zusammengefaßt sind.

Samstag (20. März) nachts gegen 11 Uhr traf ich von Locarno aus in Offenbach ein, erfuhr dort, daß die Konferenz verboten worden sei und reiste mit den Delegierten Samstag Mittag nach Mannheim, wo, wie man mir sagte, die Konferenz gemäß der freieren badischen Verfassungsgesetzgebung in früheren Jahren völlig unbehelligt stattgefunden habe. Trotzdem wurde Herrn Frauboebe in dem Lokal, in dem wir uns versammelten, von einem Beamten eröffnet, daß die Konferenz auch in Mannheim verboten worden sei. Beim Verlassen der Wirtschaft, das allmählich und in kleinen Gruppen von zwei und drei stattfand — wir hatten verabredet, zum Denkmal der Märzgefallenen zu gehen — wurden wir von einer Anzahl Kriminalbeamter zusammengebrängt und zu einer Polizeiwache geführt, wo unsere Personalien festgehalten und wir dann entlassen wurden. Hier erfuhren wir auch, daß zwei Delegierte, die bereits am frühen Vormittag nach Mannheim gefahren waren, dort ohne weiteres von der Straße weg fixiert worden und noch auf der Polizeiwache festgehalten seien. Wir gingen nunmehr, immer begleitet von einer Gruppe Kriminalbeamter, zum Denkmal der 48er und folgten dann dem Rat der Beamten, die wörtlich sagten: „Gehen Sie doch über die Grenze Mannheims hinaus, denn sind Sie uns los und können tun, was Sie wollen.“

Wir bestiegen die Heubodenheimer Lokalbahn und fuhrten davon; die Kriminalbeamten, die sehr bequem mitsteigen konnten, da sie immer dicht hinter uns waren, blieben zurück und kimmerten sich nicht mehr um uns. Ob wir durch unser weiteres Verhalten die uns vorgelegte Polizeiverfügung übertreten haben, wird die Gerichtsverhandlung ergeben; ich für meine Person bin der Meinung, mich absolut keines Vergehens schuldig gemacht zu haben. Aber selbst wenn Justizfenlogit, obwohl wir außerhalb Mannheimer Gebiet waren und obwohl kein Referat gehalten wurde, ein Vergehen gegen das Vereinsgesetz herausbestimmen sollte, so ist das eine Schuld, die nach dem Strafgesetzbuch mit einer geringen Geldstrafe — im Höchstfalle 150 Mark — gebüßt wird.

Am Dienstag, den 2. April, morgens — ich war ruhig in meinem Hotel geblieben — wurde ich zur Polizei geführt und verhört. Es wurde festgestellt, daß ich seit 19 Jahren in Berlin ansässig, seit 1895 als Arzt niedergelassen, infolge einer Herzkrankung, die durch Blutergießung bei einer Raubunloperation eingetreten, zurzeit gnedts Friedbergs

erlangung meiner Gesundheit im Süden weilen mußte und deshalb von Berlin „auf Reisen“ abgemeldet sei. Meinem diesbezüglichen Paß hatte ich zur Stelle. Es wurde ferner festgestellt, daß ich keiner anarchistischen Gruppe angehöre, in sozialdemokratischen Vereinen des V. Berliner Reichstagswahlkreises organisiert und mit einer wissenschaftlichen Arbeit über Anarchismus und Sozialismus beschäftigt sei, deren Grundzüge mein Referat zum Ausdruck bringen sollte, und deren Konzept ich bei mir hatte. Trotzdem wurde mir erklärt, daß ich dasbleiben müßte, und ich wurde ins Amtsgefängnis abgeführt. Dort wurden mir meine sämtlichen Sachen abgenommen, ich mußte mich dann in einer Zelle, in der Tür und Fenster offen waren, völlig nackt auskleiden, obwohl ich auf Befragen nach Krankheiten angegeben hatte, daß ich an Herzzerweiterung leide, und sämtliche Kleidungsstücke in Feind und Stiefel wurden einer eingehenden Visitation unterzogen. Dann wurde ich in einem anderen Flügel des Gefängnisses inhaftiert. Nachmittags wurde ich auf den Hof gebracht und trotz meines energischen und brüchigen Protestes zwangsweise in mehreren Stellungen fotografiert. Dem Untersuchungsrichter wurde ich nicht innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen 24 Stunden, sondern erst am Abend des nächsten Tages vorgeführt, und zwar geschah dies, indem ich barhäuptig und an einer eisernen Kette angehängt über Straße und Hof in das Gerichtsgebäude transportiert wurde. Nach erfolgtem Verhör, das sich ausschließlich auf die unter Anklage gestellte Zeit, von 11 1/2 bis 2 Uhr in der Nacht vom Sonntag zum Montag erstreckte, innerhalb welcher wir in einem Lokal gefesselt und barmhellig unseren durch die vorhergehende Dehngang bewirkten Hunger und Durst gestillt hatten, um also nichts Belastendes sich ergeben konnte, erklärte der Untersuchungsrichter mich für verhaftet. Auf meine Erinnerung, daß wohl überhaupt keine Verhaftung eintreten würde, wenn aber doch, höchstens eine so geringe Geldstrafe, daß dadurch die Schädigung meiner Gesundheit und Freiheitsberaubung nicht gerechtfertigt würde, erklärte der Untersuchungsrichter, daß ich fluchtverdächtig sei, da ich zwar meinen Wohnsitz in Berlin hätte, aber jetzt auf Reisen abgemeldet sei. Meine Einwendung, daß ich korrespondierendes Mitglied des internationalen Bureaus zur Tuberkulosebekämpfung sei, dessen Vorsitz Graf v. Posadowsky inne habe, daß ich von der 70. Jahresversammlung deutscher Naturforscher und Ärzte neben dem Prof. Werchow, Reppen, Hüppe, Regierungsrat Engelmann usw. in die ständige Kommission zur Schwindsuchtbekämpfung gewählt sei, daß ich Mitglied und Mitarbeiter einer Reihe anderer wissenschaftlicher Körperschaften und Zeitschriften, daß eine telegraphische Anfrage beim Magistrat der Stadt Berlin ergeben würde, daß ich bis zu meiner Erkrankung Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung und der Krankenhaus-Deputation gewesen, war beendigt, — dem Herrn Untersuchungsrichter half das alles nicht über seinen Fluchtverdacht gegen mich wegen der etwaigen kleinen Geldstrafe hinweg, und ich wurde weiter in Haft gehalten. Auf meine Bitte, sofort telephonisch Herrn Rechtsanwalt Dr. Frank benachrichtigen zu lassen, wurde nicht erfüllt, und so konnte mein Verteidiger erst am nächsten Vormittag zu mir gelangen, der sofort persönliche Bürgschaft für mich leistete. Aber auch dann dauerte es noch bis zum Abend, ehe ich entlassen wurde.

Von der Verurteilung der eigenen Kasse habe ich keinen Gebrauch gemacht, die Gefängnisstrafe habe ich nicht bezahlet, bis am dritten Tage ein Anfall von

Herzschwäche mich zwang, einen Ropf Suppe zu mir zu nehmen. Neben Morgen mußte ich meine Zelle aufräumen und mit fünf anderen Gefangenen in einer Reihe angetreten den Kübel voll Kot und Urin zum Reinigen nach der Latrine tragen. Als ich das erste mal wartend dastand, bis die Reihe zum Ausgehen an mich kam, fiel mir Graf Posadowsky ein, der mir einst nach einem Vortrag, den ich als Vertrauensarzt der Zentralkommission der Krankentassen ihm gehalten, dankend die Hand geschüttelt, in der ich jetzt den Kübel voll Urat hielt, und zwar sein stolzes Wort: „Deutschland, das Land der größten persönlichen Rechtsgarantien.“

Nicht weil mir, einem geachteten Arzte, dies begegnet, sondern weil solche Willkürakte und Herabwürdigungen der menschlichen Persönlichkeit einem jeden gegenüber den schmählichen Polizeigeist und den Fleckhand unserer fester Verwaltung und Rechtspflege kennzeichnen, fühle ich mich verpflichtet, diese Vorkommnisse der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Berlin SO., Bräunerstraße 10a, 6. April 1907.

Dr. M. Friedberg, prakt. Arzt und Spezialarzt für Augenkrankheiten.

Besser als durch diese Zuschrift können die „vollendeten Rechtsgarantien“ im Lande der Fidelethaukultur nicht illustriert werden. Es kann jemand noch so gebildet, noch so edel und menschenfreundlich sein, er kann sich um die Wohlfahrt und das Glück des Volkes noch so verdient gemacht haben, es genügt, daß er sich zu politischen Idealen, die der herrschenden Gesellschaft nicht passen, oder für die sie kein Verständnis hat, betennt und dafür Propaganda macht, um ihn wie den gemeinsten Verbrecher zu behandeln. Und das nicht etwa erst dann, wenn er sich eines schweren politischen Vergehens schuldig gemacht hat, eine völlig harmlose Verletzung des Vereins- und Versammlungsgesetzes gibt der Polizei die Handhabe, einen gebildeten, hochachtbaren, klugen Menschen wie einen Mörder oder Einbrecher zu behandeln.

Derweilen spazieren die Schienensplitter, Panzerplattenspatzen, Rippelsfirch u. Co. als ehrenwerte, zu den „besten“ Kreisen der Gesellschaft gehörende Leute frei und ungehindert herum. Sie haben ja den toten Buchstaben des Gesetzes offenbar nicht verletzt, sind auch keine Gefahr für die herrschende Staats- und Gesellschaftsordnung, gehören vielmehr zu deren besten Stützen. Aber trotzdem sind es die bösen Sozialdemokraten, welche das Vertrauen in die unantastbare Gerechtigkeit unserer geltenden Justiz untergraben, den Klassenhaß fien und für den Bestand der „göttlichen“ Staatsordnung des kapitalistischen Klassenstaates die größte Gefahr bilden. Solch gefährliche Leute, die sich einbilden, eine bessere an Stelle der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung setzen zu wollen, muß man als Staatsbürger 2. Klasse behandeln. Zur Verleibung von staatl. Ämtern sind sie „unfähig“, ja sie dürfen nicht einmal von den Beamten des Staates, die so hochachtbar sind, sich nicht alles gefallen zu lassen, als Vertrauensmänner zu Kasse gezogen werden. Die auf Hunderttausende von Wajonetten sich stützende heutige Staatsordnung läßt sich nicht im Ranfen. Nur gelegentlich, wenn die schwarze Reaktion den „liberalen“ Staatsmännchen gar zu hart auf dem Pelz rückt, abancieren auch die III Sozialdemokraten zu Staatsbürgern 1. Klasse. Man erinnert sich dann daran, daß die Sozialdemokratie eine Partei ist, die sich der Verteidigung des Fortschritts und der modernen

Der Preußenkurs in Baden. Auf dem letzten Landtag hat Gen. Dr. Frank gegen die Debatte über den Justizetat der badischen Justiz das Zeugnis ausgestellt, daß sie, obwohl manches zu wünschen übrig bleibe, immerhin noch über der preussischen Justiz stehe. Dieses die badische Justiz erhehrende Urteil ist in Parteikreisen da und dort Anfechtung erlitten. Wenn man auch zugab, daß die badische Justiz der preussischen gegenüber den Vorzug verdient, so glaubte man andererseits doch auch herabsehen zu müssen, daß zu einem solchen Lob auf die badische Justiz die Voraussetzungen fehlten. Man vermisste dabei insbesondere auf die verlässliche in Streitprozessen gefällten Urteile, die, wenn sie auch bekanntlich preussischen Urteilen in nichts nicht völlig gleichkommen, immerhin in einem ausgleichenden Gegenmaß zur Bedeutung der Staatsanwaltschaft und so die Merkmale der Unparteilichkeit trugen. Tatsache ist, daß in Baden während der letzten Jahre im Gebiete der politischen Justiz keine Fälle ereignet hatten, die wegen der Art ihrer richterlichen Erledigung öffentliches und allgemeines Aufsehen beanspruchten. Die Majestätsbeleidigungsprozesse waren fast selten und auch sonst hat man eine von der preussischen üblichen Rechtsprechung abweichende Behandlung bemerken können. Das Urteil des Genossen Dr. Frank hatte in gewissem Sinne also eine Rechtfertigung. Es scheint aber, als habe nicht nur in unseren Parteikreisen, sondern auch bei der Justiz selbst dieses Urteil Fränks, sagen wir einmal, nicht ohne lebhaften Wunsch hatte, das Urteil des Genossen Dr. Frank möge künftighin in diesem Umfange sich, den Tatsachen entsprechend, guttun. Man ist in der Meinung, daß man in der badischen Justiz der Meinung zu sein, es müsse ein Beweis erbracht werden, daß Gen. Dr. Frank sich sehr getäuscht und die badische Justiz der preussischen sich „ebenbürtig“ an die Seite zu stellen hat. Zur Stunde, wo wir dies schreiben, tritt unser Parteigenosse Redakteur Oskar Ged die gegen den verhängten Zeugnis-Zwangshaft an. Man weiß auch in Kreisen der Justiz, daß dieses Vorurteil, an das Mittelalter erinnernde Justizverfahren hier völlig zweck- und ergebnislos ist, da unser Genosse Oskar Ged niemand auch die Mannheimer Richter nicht für „fähig“ hält, seine Verurteilung mit eigenen Augen zu sehen. Man weiß — auch selbst in den Kreisen der Justiz —, daß dieses Verfahren, selbst im Standpunkt des toten Buchstabens des geltenden Rechts aus betrachtet, in diesem Falle weniger als in jedem anderen sich rechtfertigen läßt; denn es handelt sich faktisch nicht um eine Majestätsbeleidigung, sondern um einen harmlosen karnevaleskischen, den wohl außer dem Mannheimer „liberalen“ Staatsanwaltschaftshaus niemand übel bemerkt hat. Aber trotzdem wird Genosse Oskar Ged „eingesponnen“ und muß schließlich monatlang die Folter der Zeugniszwangshaft über sich ergehen lassen. Die badische Justiz verhält sich gegen den Krumm, eine vorbildliche Haltung zu sein. Schon diese Justizaktion das größte Aufsehen und in weiten Kreisen Empörung hervorgerufen, so gleichem, wenn nicht noch höherem Maße die, wie man den bekannten Führer der Anarcho-sozialisten Dr. Friedberg in Mannheim dieser

Kultur wärmer als jede andere Partei annimmt. Der das sind, sagten gewissermaßen wenigstens nur ganz vorübergehende Erscheinungen. Ist die schwarze Gefahr, wenn auch nur scheinbar, gehoben, dann ist die Sozialdemokratie wieder die staatsgefährliche Partei, die nur den Umsturz herbeizuführen beabsichtigt ist. Das aber diejenigen, welche die von der Sozialdemokratie bekämpfte Ordnung" führen und das mit Mitteln, wie sie in Anzügen zur Anwendung kamen, den Umsturzgeheimen" viel mehr Anhänger zuführen, als die besten sozialdemokratischen Agitatoren, wollen gewisse Leute immer noch nicht begreifen. Unsere Ärgsten Feinde waren noch immer unsere Freunde.

### Badische Politik.

**Die Verprezierung Badens**  
Wolfgang sich im Einklang. Allen anderen Verwaltungen voran, bemüht sich die Verwaltung unserer einseitigen noch ganz vorübergehenden Erscheinungen. Auf das Verbot des Verkaufs des Stimpfklusses erfolgte eine Ordre an die Eisenbahnarbeiter. So berichtet der Bad. Eisenbahner:

Künftig wurden die sogenannten ständigen Arbeiter mit der „Dienstausweisung für die ständigen Arbeiter des Betriebsdienstes“ überführt; es ist aber notwendig, diese neuen, vollständig im preussischen Geiste gehaltenen Bestimmungen näher zu beleuchten. Auffällig ist es, daß keiner der berufenen Vertreter der Arbeiter darüber gehört worden ist, wodurch wieder einmal am besten bewiesen ist, daß der Ausdruck, unsere Arbeitervertreter sind nur Dekoratorenstücke, voll und ganz sich bewahrheitet.

Im Paragraphen 3 der Bestimmungen findet man außer dem militärischen Wüsten im Absatz 11 des selben Paragraphen einen Satz, der folgendermaßen lautet: „Ebenso darf er (gemeint ist der Arbeiter) dienstliche Einrichtungen und Vorgänge ohne Ermächtigung der Generaldirektion in keiner Weise öffentlich besprechen, insbesondere nicht öffentlich behandeln.“

Ein weiterer Paragraph, der Paragraph 17, Dienstausritt und Dienstentlassung, bricht dem ganzen als Schlusssatz den Siegel auf und jeder Scharfmacher wird seine helle Freude an dem ereignisvollen Fortschritt innerhalb unseres Mutterlandes haben. Derselbe lautet: „Das Dienstverhältnis erlischt, ohne daß es einer Kündigung bedarf: 1. Wenn ein Arbeiter über den Zeitpunkt hinaus erkrankt, bis zu dem die Eisenbahnbetriebskrankenkasse, der er angehört, sachungsgemäß Krankengeld gewährt, mit dem letzten Tage des Krankengeldbezugs. 2. Wenn für einen Arbeiter schon vor diesem Zeitpunkt eine Invaliden- oder Unfallrente festgesetzt worden ist, mit dem Tage der Ausstellung des Bescheides über die Rentenfestsetzung, es sei denn, daß sich die Verwaltung ausdrücklich mit der Fortsetzung des Dienstverhältnisses einverstanden erklärt.“

Das ist Sozialpolitik nach christlichem Muster. Jetzt fehlt nur noch ein Exzerptreglement für Eisenbahner.

Herr v. Marschall ist ein genialer Minister, das ist schon längst allseitig erkannt worden. Das Maß seiner Genialität wurde aber noch bedeutend unterschätzt. Der nächste Landtag wird sehr interessant.

### Deutsche Politik.

**Was in Deutschland nicht alles passieren kann.**  
Der Genosse Schulz aus Frankfurt a. O. legte bei der Verhandlung seines Kollegen Droge einen Antrag auf dem Grabe des Verstorbenen nieder, indem er dabei sagte: „Im Namen deiner Organisation lege ich hier diesen Antrag nieder!“ Dafür erhielt er einen Strafbescheid über 6 M. Geldstrafe oder zwei Tage Haft zugewiesen, weil er unbedeutend am Grabe eine Rede gehalten habe!

So geschah im Jahre des Heils 1907, zu Beginn der „liberalen Ära“.

**Nach ein Zeugniszwangsverfahren.**  
Genosse Paul Schlegel, Redakteur der Volkstribüne in Kumbach, wurde in Zeugniszwangschaft genommen, weil er als Zeuge im Prozeß Fabrikbesitzer Hornschuh gegen Goller-Kulmbach den Namen des Verstorbenen eines Artikels nicht nannte. Zugleich wurde er zu 150 M. Geldstrafe verurteilt!

**Woermann klagt schon wieder.**  
Nach dem Parlamentsberichte der Frankf. Btg. soll der Abg. Ergberger in der Reichstagskammer vom 30. November 1906 gesagt haben, die Firma Woermann habe die Kolonialverwaltung über Ohr gehauen. Da der amtliche Bericht von einer solchen Behauptung Ergbergers nichts enthält, so hat die Firma Woermann gegen den verantwortlichen Redakteur der Frankf. Btg. Weleibungsgelage erhoben.

### Mutterfreuden.

Roman von S. Saloman.

(Fortsetzung.)  
„Da aber kam das Gefährliche“, fuhr die Bäuerin in ihrer Erzählung fort. „Kaum war Martele 6 Jahre alt, da ging der Keuchhusten plötzlich im Laufe um. Auch mein Martele ward nicht von ihm verschont. Erst gab es einen kleinen Husten. Dann dicker und heftiger, bis der Doktor sagte: es ist der Keuchhusten und ich sollte ja acht geben, weil das herzigste Ding so zart und klein sei. Keine Minute bin ich von meinem Kind fortgegangen. Obs Tag war, obs Nacht war, ich war bei ihm. Seine Schreie waren auch die meinen! Bald wards aber schlimmer. Mein Herz trampelte sich zusammen, als ich sah, wie mein Liebste sich auflöste. O, wie hab ich den Doktor gebeten, wie hab ich zum Herrgott gefleht, mir mein Martele zu retten. Aber alles umsonst!“

Etarr blieben jetzt die Augen der Bäuerin in das Lampenlicht. Der harte Zug in ihrem Gesicht trat wieder scharf hervor und nach einer kurzen Pause fuhr sie fort, wieder allmählich weicher werdend:

„Eines Morgens lag es in meinem Arm; so ruhig, so still — als ob schlief. Vergessen fühlte ich und berzte es. — Der kleine Mund blieb für immer geschlossen. — Es war hinüber zu den Engeln gegangen!“

Die Augen der Erzählenden nahmen einen seltsamen überirdischen Glanz an. Langsam floß Träne auf Träne über die gefalteten Hände. Wie zu sich selbst sprechend, flüsterte sie dann weiter:

„Mit Gewalt mußte man mir meine einzige Freude, mein ganzes Glück aus den Armen nehmen. Was dann weiter geschah — ich weiß es nicht. Man erzählte mir, wie ich schwer erkrankte und bald meinem Martele gefolgt wäre. Aber ich ward wieder gesund, ich lebte wieder und — lebe noch.“ — Wangen fuhr sie mit der Rechten über die feuchten

**Mit Jahrausenden**  
rechnen die deutsche Gesetzgebung! Die Deutsche Frankfurter-Zeitung stellt das Karzinom fest, daß nach den Vorkäufen des Reichspostgesetzgebungswesens die Lösung der Postreformfrage erst nach einem halben Jahrtausend vollendet wäre!

### Ausland.

**Österreich.**  
Beiden Gemeindevätern in Linz wurden für die sozialdemokr. Kandidaten 4864—4849 Stimmen abgegeben. Die Deutschnationalen erhielten 8207—8206 Stimmen. Es müssen Stichwahlen stattfinden. Gegenüber den Wahlen vor zwei Jahren haben bloß die Sozialdemokraten einen allerdings auch nicht erheblichen Zuwachs an Stimmen aufzuweisen.

**Dänemark.**  
Dänische Wahlrechtsfragen. Nach längerer Verhandlung in der am 1. April in der Rigsdag und des Landsting zusammengesetzten Kommission über die Regelung des allgemeinen Wahlrechts für Männer und Frauen unter Anwendung der Proportionalwahlmethode für die Gemeindevereinigungen, legten der Leiter der Regierungspartei, sowie der Vorsitzende der gemäßigten Linken der genannten Kommission den Vorschlag zu einem Übereinkommen vor. Es wird als Bedingung für die Ausübung des Wahlrechts ein einjähriger Aufenthalt in der Kommune während des dem jeweiligen Steuerjahre vorausgehenden Jahres gefordert. Der Vorschlag sieht ferner bei größeren Steuererhöhungen das Referendum an die Gemeindeväter vor. Schließlich wurde auch die Wahlmethode zu Amtsräten verändert, indem die größeren Gutsbesitzer, welche bisher die Hälfte der Amtsratsmitglieder wählen konnten, nur mehr ein Drittel der Plätze besetzen dürfen.

**Spanien und England.**  
Zwischen England und Spanien sollen bestimmte Abmachungen auf der Grundlage zustande gekommen sein, Spanien erklärt sich bereit, den englischen Kriegsschiffen in gewissen Häfen seine Häfen zu öffnen und England sichere dafür Spanien seine Unterstützung in allen Fragen der auswärtigen Politik und seinen ökonomischen Bestand zu.

Das würde einen neuen Erfolg der englischen und des Mißerfolgs der deutschen Diplomatie bedeuten.

### Deutscher Reichstag.

Am Bundesratstag in Potsdam sind Engel.  
Während der Osterpause sind die Abgeordneten Wring Arenberg (Zentrum) und heute Auer (Soz.) verstorben. Das Haus ehrt ihr Andenken durch Erheben von den Ehren.

Der Gesetzentwurf über den Gehaltentarif für den Kaiser-Wilhelm-Kanal, der die fünfjährige Ermächtigung zur Festsetzung des Tarifs zum drittenmale verlängert, wird nach kurzer Erörterung durch Dr. Geritz (natl.) und Dr. Leonhardt (frz. Vereinigung) in erster und zweiter Lesung genehmigt.

Darauf beginnt die zweite Lesung des Etats. Zum Etat des Reichsamt des Innern liegt eine Reihe von Anträgen vor.

Abg. Krumborn (Str.) beginnt mit einer Polemik gegen den Abgeordneten Dr. Nubgen und richtet dann an den Staatssekretär u. a. folgende Fragen: In welchem Stadium befinden sich zurzeit die Vorarbeiten für die Zusammenlegung der drei Versicherungsgeetze? Weiter: Ist die Ausdehnung der Krankenversicherung auf Landwirtschaft und Gärten schon vorher zu erwarten und ebenso die Witwen- und Waisenversicherung? Redner begründet nun die Anträge des Zentrums. Für die bürgerlichen Parteien und die Regierung ergebe sich die Notwendigkeit, nun erst recht die Sozialpolitik fortzuführen. Welche dies nicht, dann sei dies der sichere Weg, um die Sozialdemokratie wieder hoch zu bringen.

Abg. Bassermann (ntl.) fordert die Aufstellung eines Arbeits-Programms für die Sozialpolitik von Seiten des Reichsamt des Innern, um das Vorgehen planmäßig zu gestalten. Er bespricht eingehend die Frage des Vereins- und Versammlungsrechts, die Förderung der Errichtung einer gewerbeteknischen Reichsbehörde, die Frage der Konkurrenzklause, die Verhältnisse der Privatbeamten und die Heimarbeitfrage. Die Tarifverträge seien von hoher Bedeutung. Im Einklang mit dem Vordränger möchte daher auch die Aufmerksamkeit der verbündeten Regierungen auf diese Angelegenheit richten. Zur geschäftlichen Regelung reißt er ferner die Frage des unlauteren Wettbewerbs im Ausverkaufswesen.

Den Kassenbericht erstattete der Kassierer Wall (Berlin). Aus der Gesamtübersicht über die Einnahmen und Ausgaben in der Zeit vom 1. Juli 1905 bis 31. Dez. 1906 sei hervorzuheben: die Gesamteinnahme verminderte an Beiträgen 533 829 M., sie zahlte 128 196 M. Arbeitslosenunterstützung, 23 353 M. Invalidenlohn, 15 828 M. Waisenunterstützung, 47 029 M. für Rechtschutz, 12 Krankenunterstützungs- und Sterbefälle bezahlte 858 860 M. an Beiträgen. Sie zahlte 296 789 M. Krankenunterstützung und 18 960 M. Sterbegeld. Die Invaliden- und Witwenrente erhielt 264 949 M. Beiträge und zahlte für Invalidenunterstützung 100 433,60 M. und für Witwenunterstützung 40 860 M. Während der Ausperrung gingen an Beiträgen durch Extraleute, Sammelstellen usw. aus Deutschland 284 068 M. ein, aus England 7854 M., aus Österreich 11 279 M. und aus der Schweiz 8933 M., durch die Generalkommission 144 000 M. und durch Streiksteuerbeiträge der Kollegen 220 427 M.

Den Bericht der Kontrollkommission erstattete B. Schner (Dresden). In der Diskussion über die Berichte wurden insbesondere die Anschließbestrebungen anderer Verbände einer eingehenden Erörterung unterzogen und die Differenzen zwischen Lithographen und Lithographen

\*) Aus Versetzen ist der Anfang der Tagung nicht weitergegeben. Die in den letzten zwei Tagen enthaltenen Berichte sind als Fortsetzung des heutigen Berichts zu betrachten.

Die oben vorliegende Resolution werde seine Fraktion lieber auch annehmen. Auf eine Reihe weiterer Anträge will Redner heute nicht mehr eingehen. Dagegen wolle er dem von ihm selbst eingebrachten Antrag (Resolution) gemäß der Regierung namentlich nach die Regelung der Sonntagstrafe für die in der Winternachtsfahrt beschäftigten Personen dringend ans Herz legen; ebenso die möglichst baldige Errichtung eines Reichsarbeitsamtes besonders als Zentrale für Sozialpolitik, vom Reichsamt des Innern erstellend.

Abg. Werner (Natf.) wendet sich gegen den Erlaß des preussischen Ministers des Innern, der den Beamten verbiete, sich mit einzelnen Abgeordneten in Verbindung zu setzen. Ein Arbeitsbuch zum Nachteil des Mittelstandes, des Detailhandels, seien die Konsumvereine, Schwere Schäden setzen im Schan-Konsumvereine.

Abg. Rebeimer (Str.) spricht über die einzelnen Versicherungsweize und den Kaufhandel. Hierzu erfolgt Vertagung. Morgen 1 Uhr Fortsetzung der heutigen Beratung. Schluß nach 6 1/2 Uhr.

### 14. außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Senefelder-Bundes.

R. Hannover, 1. April. 1907.

Zur Anschließ an die vorhergehende Lithographenkonferenz wurde die 14. außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Senefelder-Bundes (Verband der Lithographen, Steinrunder und verwandte Berufe), am Montag im Reichshaus (Gesellschaftshaus) eröffnet. Vertreten waren 69 Delegierte sowie verschiedene Vertreter verwandter Berufsorganisationen und ausländischer Verbände. Als Leiter der Verhandlungen wurden Lange (Berlin) und Wratke (Hannover) bestimmt. Nach Verlesen eingegangener Begrüßungstelegramme erstattete

Sillier (Berlin) den Rechenschaftsbericht des Hauptvorstandes. Aus demselben ist hervorzuheben, daß sowohl die Zafaststeuer- als auch der Anschließbestrebungen der Lithographen, die ungewissesten einen Produktionsrückgang zur Folge gehabt hätten, eine energische Gegenaktion eingeleitet worden sei. Eine weitere Agitation fand anlässlich der Streik- und Ausperrbewegung statt, die besonders lebhaft betrieben wurde. Zu begrüßen sei die Erklärung des Lithographenbundes (Sonderorganisation), welcher das unfruchtbare der Organisationszerrüttung eingeleitet habe. Es sei zu hoffen, daß die weiteren Einigungsverhandlungen von Erfolg sind. Der Verband hatte 39 Streiks zu führen und die große Streik- und Ausperrbewegung. An Arbeitslosenunterstützung wurden für 4088 Kollegen pro Woche 12 869 Stunden erzielt. Lohnzulagen wurden erreicht für 8620 Kollegen 5104 M. pro Woche. Feiertagsbezahlung erreichten 1806 Kollegen. Im weiteren wies Redner auf das bekannte Urteil gegen den Senefelderbund hin, welches vom Reichsgericht bestätigt wurde, und die Ungültigkeit der Satzungen, soweit sich dieselben auf die Angliederung der Gewerkschaft bezögen, ausprägte. Doch alle diese Maßnahmen, wie auch die Sperrung der Gewerkschaftsliste, alle Verluste der Arbeitgeber, die Mitglieder zur Fahnenflucht während der Ausperrung zu veranlassen, konnte den Bund nicht ins Bankrott bringen. Die Zahl der Mitglieder liegt von 9000 auf 16 000.

Den Kassenbericht erstattete der Kassierer Wall (Berlin). Aus der Gesamtübersicht über die Einnahmen und Ausgaben in der Zeit vom 1. Juli 1905 bis 31. Dez. 1906 sei hervorzuheben: die Gesamteinnahme verminderte an Beiträgen 533 829 M., sie zahlte 128 196 M. Arbeitslosenunterstützung, 23 353 M. Invalidenlohn, 15 828 M. Waisenunterstützung, 47 029 M. für Rechtschutz, 12 Krankenunterstützungs- und Sterbefälle bezahlte 858 860 M. an Beiträgen. Sie zahlte 296 789 M. Krankenunterstützung und 18 960 M. Sterbegeld. Die Invaliden- und Witwenrente erhielt 264 949 M. Beiträge und zahlte für Invalidenunterstützung 100 433,60 M. und für Witwenunterstützung 40 860 M. Während der Ausperrung gingen an Beiträgen durch Extraleute, Sammelstellen usw. aus Deutschland 284 068 M. ein, aus England 7854 M., aus Österreich 11 279 M. und aus der Schweiz 8933 M., durch die Generalkommission 144 000 M. und durch Streiksteuerbeiträge der Kollegen 220 427 M.

Den Bericht der Kontrollkommission erstattete B. Schner (Dresden). In der Diskussion über die Berichte wurden insbesondere die Anschließbestrebungen anderer Verbände einer eingehenden Erörterung unterzogen und die Differenzen zwischen Lithographen und Lithographen

\*) Aus Versetzen ist der Anfang der Tagung nicht weitergegeben. Die in den letzten zwei Tagen enthaltenen Berichte sind als Fortsetzung des heutigen Berichts zu betrachten.

besprochen, über dessen Kommissionsbericht (Hannover) Bericht erstattet. Wratke (Hannover) sprach über die Haltung der Hannoverischen Lithographen auf die Herausgabe von gegen den Reichsgerichteten Flugblättern. Wratke (Hannover) sprach die Resolution der Münchener Chemiker gegen die Resolution der Reichsgerichteten Bauarbeiter (Hannover) gegen die Erweiterung der Rechte des schiffes aus. Rudolf (Hannover) regte eine Agitation unter den Tapetendruckern, von denen ein Teil dem Senefelderbund, ein Teil dem Fabrikantenband angehört und ein Teil überhaupt nicht organisiert sei, an. Dagegen sprach Rothweiler (Hannover) über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung. Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung. Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung.

Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung. Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung.

Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung. Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung.

Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung. Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung.

Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung. Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung.

Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung. Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung.

Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung. Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung.

Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung. Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung.

Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung. Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung.

Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung. Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung.

Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung. Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung.

Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung. Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung.

Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung. Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung.

Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung. Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung.

Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung. Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung.

Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung. Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung.

Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung. Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung.

Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung. Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung.

Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung. Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung.

Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung. Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung.

Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung. Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung.

Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung. Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung.

Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung. Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung.

Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung. Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung.

Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung. Wratke (Hannover) sprach über die Anschließbestrebungen bezüglich der Ausübung der Mitgliedschaft in den Ortsverbänden durch Vorträge, Erweiterung der Bibliotheken und Fürsorge für eine bessere Beschäftigung.

(Fortsetzung folgt.)



